Nohalteg Gemengepolitik
den tëppel um ı

Aufschlussreiche Resultate einer ILRES-Umfrage im Auftrag des Mouvement Ecologique bei Gemeinderäten und Mitgliedern von beratenden Kommissionen

Gemeindepolitisches Engagement fördern –

Reformen für effiziente Gemeinden von morgen angehen

Mai 2005

Im Laufe des Monates März 2005 führte die ILRES im Auftrag des Mouvement Ecologique eine repräsentative Umfrage, sowohl bei den Mitgliedern der Gemeinderäte als auch jener der beratenden Kommissionen (Umwelt-, Bauten- und Verkehrskommissionen), durch.

Bei diesen Umfragen strebte der Mouvement Ecologique vor allem zwei Ziele im Rahmen seiner Kampagne „*Ekologesch Gemengepolitik – den Tëppel um i*“ an:

- Einerseits ging es darum herauszufinden, was BürgerInnen motiviert sich auf Gemeindeebene zu engagieren, sei es im Gemeinderat oder als Mitglied einer beratenden Kommission.
  Nach Ansicht des Mouvement Ecologique kann gerade in Gemeinden eine nachhaltige Politik umgesetzt werden, Gemeinden sind die Keimzellen von Demokratie schlechthin... hier lässt sich so manches Positive bewegen. Insofern ist es für eine Umweltgewerkschaft von herausragender Bedeutung zu schauen, unter welchen Bedingungen BürgerInnen bereit sind sich auf kommunaler und regionaler Ebene zu engagieren bzw. die Probleme zu erkennen, die sich bei einem solchen Engagement in der Praxis stellen.

  Auch ist es spannend zu untersuchen, inwiefern es verschiedene Sichtweisen in der Motivation bzw. in der Analyse der Problemstellungen zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, Oppositions- und Majoritätsmitgliedern, den Bewohnern der verschiedenen Regionen / Majorz- und Proporzgemeinden u.ä. gibt.

- Andererseits stellt sich die Frage, welche Themen heute in den Gemeinden als besonders wichtige Herausforderungen empfunden werden, wo engagierte BürgerInnen Schwerpunkte sehen und es ob evtl. unterschiedliche Sichtweisen gibt, je nachdem ob man sich im Gemeinderat oder aber in einer beratenden Kommission engagiert – je nachdem ob man in der politischen Verantwortung steht oder nicht.

Die durchgeführten Umfragen liefern eine große Fülle an interessanten Daten. Zu diesem Zeitpunkt soll ein erster Ansatz einer Darstellung bzw. einer Analyse gemacht werden.

Die vorliegenden Umfragen konnten im Rahmen eines Projektes zum Thema „Nachhaltige Gemeindepolitik“ durchgeführt werden, das vom Umweltministerium finanziell unterstützt wird.

1. Die Gemeinderäte: ja zu politischem Engagement – ja zu Reformen innerhalb der Gemeinden sowie im Verhältnis von Staat und Gemeinden

Insgesamt wurden telefonische Gespräche mit 304 Mitgliedern von Gemeinderäten geführt (258 Männer, 46 Frauen). Angesichts der Tatsache, dass es in Luxemburg schätzungsweise 1200 Gemeinderatsmitglieder gibt, ist diese Zahl als absolut repräsentativ anzusehen.

Die Mehrzahl der Befragten stammt aus der Altersgruppe der 35-49 jährigen (105 Personen) sowie der Gruppe der 50-64 jährigen (145 Personen).

Die befragten Personen setzten sich wie folgt zusammen: 12% Bürgermeister, 24% Schöffen, 40% Majoritäts-Mitglieder in Gemeinderäten, 22% Oppositionsgemeinderäte. 250 der Befragten sind in einem Gemeinderat einer Majorzgemeinde, 54 in jenem aus einer Proporzgemeinde.

39% der befragten Personen wurden 1999 erstmalig in den Gemeinderat gewählt, 61% sind länger in einem Gemeinderat vertreten. 63% der befragten Frauen sind erst sei 1999 im Gemeinderat (35% der Männer) und lediglich 37% länger (61% der Männer).

119 der befragten Personen stammen aus dem Norden, 68 aus dem Süden, 58 aus dem Zentrum sowie 59 aus dem Osten.

Die Gemeinderatsmitglieder – weiterhin Bereitschaft zum Engagement

74% der Befragten geben an, sie würden bei den nächsten Gemeindewahlen aller Voraussicht nach wieder kandidieren (7% ohne Antwort). Von Interesse ist nun besonders, welche Motive für eine Nicht-Kandidatur angegeben werden. An erster Stelle fungieren Altersgründe (41%), gefolgt von familiären (28%) sowie beruflichen Gründen (14%). Zeitliche Probleme werden explizit nur von 10% genannt, das Gefühl nicht genug erreicht zu haben lediglich von 9% *(siehe Graphik)*.

Es liegt auf der Hand, dass das Argument des Alters vor allem von Personen über 65 Jahren angeführt wird, wobei regionale Unterschiede ins Auge springen. Während im

Süden Altersgründe für 80% ausschlaggebend sind, sind es deren nur für 56% im Zentrum und sogar nur für 30% im Norden sowie 25% im Osten des Landes.

43% der Frauen geben an, aus familiären Gründen aufhören zu wollen, aber nur 25% der Männer, eine bemerkenswerte Differenz. Des Weiteren führen 29% der Frauen zeitliche Probleme an, jedoch nur 10% der Männer. Hier bleibt demnach noch so manches zu tun, um die Beteiligungschancen für Männer und Frauen gerechter zu gestalten.

Die Motivation für ein politisches Engagement: Lust, etwas zu bewirken

Die Gewählten geben vor allem inhaltliche Gründe für ihr Engagement an. Auf die Frage *„Kennt Dir mir vgl. a kuerze Wieder soen, firwat Dir viru 6 Joer mat an d'Waale gange sidd"* geben 26% an, sie wollten *„weider maachen, weider feieren, wat ugefangen ass"*. 25% interessieren sich grundsätzlich für Politik; 22% möchten etwas bewirken und lediglich an vierter Stelle kommt die Aussage mit 13% „*well ech gefrot gi sinn - bzw. well an der Sektioun een gebraucht ginn ass*" *(siehe Graphik)*.

Es versteht sich von selbst, dass der Wunsch *„etwas weiter führen zu wollen"* vor allem von den Bürgermeistern geäussert wird (54%) (32% bei de Schöffenräten, 26% im Durchschnitt).

Eher positive Bilanz von Mitgliedern der Majorität – eher negative Bilanz der Oppositionspolitiker sowie der Frauen

Bemerkenswert ist, dass die absolute Mehrzahl der Befragten eine positive Bilanz ihres Engagements zieht. 39% geben an, ihre Erwartungen hätten sich „voll und ganz" erfüllt. 50% führen an „zum Teil" und nur 9% sind enttäuscht (5% „*weider net vill*", 4% „*iwerhapt net*") *(siehe Tabelle).*

Es überrascht nicht, dass vor allem Majoritätsmitglieder, besonders Bürgermeister, angeben, ihre Erwartungen wären erfüllt worden. Bürgermeister geben zu 57% an voll und ganz zufrieden zu sein, Schöffen zu 51%, Majoritätsmitglieder aus dem Gemeinderat zu 40% und Gemeinderatsmitglieder in der Opposition zu 19%. *(siehe Graphik)*

Frauen haben im allgemeinen eine negativere Sichtweise als Männer. Bei den Frauen haben sich die Erwartungen nur zu 17% voll und ganz erfüllt (Männer 43%) und zu 70% zum Teil (47% bei den Männern).

Gründe für eine negative Einschätzung

Welche Gründe geben nun die Personen an, deren Erwartungen nur teilweise bzw. nicht oder nicht in dem erwünschten Ausmaß erfüllt wurden (59%)? 17 % geben an: „*weil man nicht immer alles erreichen kann*", für 10% ist es die Tatsache, dass man in der

Opposition sei und die Majorität über alles entscheide. Weitere Gründe sind: Programm nur teilweise umgesetzt (10%), nicht ausreichende finanzielle Mittel (10%), es kann nicht alles realisiert werden (10%), Probleme in der Koalition bzw. Schöffenrat (9%).

Die Frustration ist logischerweise bei der Opposition besonders hoch, 44% der Gemeinderäte in der Opposition geben an, sie würden als Problem sehen, dass die Majorität alles entscheide. *(siehe Graphik).*

Die Arbeit des Gemeinderates erleichtern und verbessern

Sehr aufschlußreich sind die Antworten auf die Frage, wie die Arbeit im Gemeinderat verbessert werden könnte *(siehe Graphik)*. Im folgenden werden die Massnahmen in der Reihenfolge der Prioritäten aus der Sicht der Gemeinderäte dargelegt:

- **Zusammenarbeit zwischen Staat und Gemeinden verbessern:**
  Diese Maßnahme findet bei den Befragten von allen vorgeschlagenen mit 96 % „wichtig“ die höchste Zustimmung (61% sehr wichtig, 36% wichtig). Hierbei fällt auf, dass dieser Punkt von den Bürgermeistern als besonders wesentlich empfunden wird (86% sehr wichtig gegenüber 61% im Durchschnitt aller Befragten). Es können keine signifikanten Unterschiede zwischen Majorz- und Proporzgemeinden festgestellt werden. Allerdings gibt es regionale Unterschiede, was die Nennung „sehr wichtig“ anbelangt: das Bedürfnis ist im Süden etwas weniger ausgeprägt (53%), im Zentrum besonders hoch (67%) , im Osten 63%, im Norden 61%.

- **Klarere Kompetenzen für Gemeinden:**
  Zweit wichtigste Maßnahme in den Augen der befragten Gemeinderäte ist mit 94% die Notwendigkeit, Kompetenzen der Gemeinden klarer zu regeln (50% sehr wichtig, 44% wichtig). Hier gibt es ebenfalls kaum Differenzen zwischen Majorz- und Proporzgemeinden oder den verschiedenen Regionen. Allerdings wird das Problem stärker von den Bürgermeistern genannt (63% sehr wichtig, gegenüber 50% im Durchschnitt aller Befragten).

- **Stärkere regionale Zusammenarbeit:**
  92% sehen als drittwichtigste Maßnahme eine stärkere regionale Zusammenarbeit zwischen Gemeinden (57% ganz wichtig, 36% wichtig). Während es bei der durchgeführten Umfrage sehr häufig Differenzen in der Größenordnung von 10% aus der Sicht der verschiedenen Altersgruppen oder Einwohnern der unterschiedlichen Region z.B. gibt, besteht bei dieser Frage ein extrem hoher Konsens. Sowohl im Zentrum als auch in den anderen Regionen des Landes wird die Zusammenarbeit als extrem wichtig angesehen, ein deutliches Signal! Die Nennung „sehr wichtig“ erfolgt im Durchschnitt aller Befragten zu 57%: 59% Zentrum, 57% im Süden, 56% im Norden sowie 54% im Osten). Der Auftrag an die Regierung gemeinsam mit den Gemeinden über neue Formen der

regionalen Zusammenarbeit nachzudenken, ist demnach mehr denn deutlich.

- **Bessere Aus- und Weiterbildung**:
  92% sehen die Aus- und Weiterbildung der Gemeinderäte als zentrale Herausforderung an (41% ganz wichtig, 51% ganz wichtig). Hier gibt es einen interessanten Unterschied in der Gewichtung zwischen Männern und Frauen. Frauen messen der Aus- und Weiterbildung bei der „sehr wichtig" – Nennung eine noch zentralere Rolle zu (54% gegenüber 38% bei den Männern). Bei Befragten der Region Süden ist die Nennung „sehr wichtig" mit 51% höher als im ländlichen Raum (35% Norden, 37% Osten). Es darf auch erwähnt werden, dass Personen mit weniger hohem Bildungsstand, einen stärkeren Wunsch nach Weiterbildung haben.

  Der Weiterbildung kommt demnach auch aus der Sicht der unterschiedlichen sozialen Herkunft der Gemeinderatsmitglieder im Sinne einer Chancengleichheit eine wichtige Bedeutung zu. Eine weitere Folgerung scheint zu sein, dass Weiterbildung umso spezifischer sein muss, als die Komplexität der Problemfelder größer bzw. komplexer ist, die man als Gemeinderat zu bearbeiten hat. Dies dürfte wohl in erster Linie für die Region Süden bzw. Zentrum zutreffen.

- **Mehr Rechte für die Gemeinden**:
  Für 86% der Befragten ist der Aspekt „Mehr Rechte der Gemeinden gegenüber dem Staat" wesentlich, für 43% sehr wichtig, für 42% wichtig. Bedenkenswert ist folgendes Resultat: 22% der Mitglieder der Opposition sehen diese Stärkung der Rechte der Gemeinde als nicht wichtig an (gegenüber 13% im Durchschnitt aller Befragten) – der Bedarf wird vor allem von den Bürgermeistern gesehen (lediglich 8 % geben an, es wäre nicht wichtig). Signifikante Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie Regionen sind nicht festzstellen, ebenso nicht zwischen Majorz- und Proporzgemeinden.

- **Größere zeitliche Freistellung:**
  79% sehen eine größere zeitliche Freistellung als relevant an (44% sehr wichtig, 35% wichtig). Hier fällt auf, dass Befragten in der Alterskategorie bis zu 35 Jahren sogar zu 100% angeben, dies wäre sehr wichtig; vielleicht ein kleiner Hinweis, wie auch Jüngere für ein Engagement gewonnen werden könnten. Ebenso überzeugt von der Notwendigkeit dieser Maßnahme sind Schöffen und Bürgermeister (60% bzw. 63% sehr wichtig gegenüber 44% im Durchschnitt aller Befragten). Relevante Unterschiede zwischen Majorz- und Proporzgemeinden sowie den Regionen gibt es nicht.

- **Rechte der Gemeinderäte gegenüber Schöffenrat erhöhen**:
  68% sehen „mehr Rechte der Gemeinderäte gegenüber dem Schöffenrat" als wesentlich an (27% sehr wichtig, 41% wichtig). Mitglieder der Opposition haben dabei verständlicherweise eine andere Sichtweise als jene in der Majorität.

49% der befragten Oppositionsmitglieder sehen die Stärkung ihrer Rechte im Gemeinderat als sehr wichtig an (Durchschnitt der Befragten 27%, Gemeinderäte in der Majorität 32%, Schöffen 8%, Bürgermeister 3% sehr wichtig. Signifikante Unterschiede zwischen Proporz- und Majorzgemeinden können nicht festgestellt werden.

- **Finanzielle Entschädigung erhöhen**:
  Eine höhere finanzielle Entschädigung der Gemeinderäte, so wie sie im Koalitionsprogramm vorgesehen ist (!), findet die geringste Zustimmung was die relative Wichtigkeit anbelangt. Nur 42% sehen diese Maßnahme grundsätzlich als wichtig an, 58% nicht. Es gibt allerdings einen ausgeprägten Unterschied zwischen Frauen und Männern: Frauen erachten die Erhöhung der finanziellen Entschädigung als wichtiger (61% gegenüber 38%). Ebenso erwarten sich Bürgermeister eine bessere Entschädigung (63%), was wohl auch erklärt, dass diese Forderung eher auf der Tagesordnung erscheint, da diese Akteure sich doch stärker Gehör verschaffen können. Signifikante Unterschiede können ebenfalls zwischen verschiedenen Berufsgruppen festgestellt werden: Personen die „au foyer“ tätig sind sowie „indépendants“ erachten eine finanzielle Entschädigung weitaus als wichtiger, als der Durchschnitt aller Befragten (64% bzw. 51% gegenüber 42% im Durchschnitt).

Die Einschätzung der Arbeit des Innenministeriums

Die Bewertung der Arbeit des Innenministeriums durch eine Mehrzahl die Gemeinderäte wirft viele Fragen auf und weist auf eine Vielzahl an Problemen in Bezug auf die Arbeitsweise, die Hilfestellung für Gemeinden, die Kooperation mit den Gemeinden sowie die aktuellen Angebote im Bereich der Weiterbildung hin *(siehe Graphik).*

- 74% aller Befragten geben an, **Dossiers würden nicht schnell genug bearbeitet**, wobei es bei den Antworten keine wirklich relevanten Divergenzen zwischen Majorz- und Proporzgemeinden gibt – nur 26 % äußern diesbezüglich demnach eine Zufriedenheit;

- 49% geben an, das Innenministerium gewähre **nicht eine zufrieden stellende und unbürokratische Beratung bei Anfragen**;

- 45% geben an, das **Ministerium würde nicht ausführlich über wichtige Dossiers informieren**, „nur“ 55 % sind demnach in dieser Beziehung mit der Arbeit des Ministeriums zufrieden. Bei den Antworten zu dieser Frage tritt ein deutlicher Unterschied zwischen Schöffenrat und Bürgermeister zu Tage. Nur 33% der Schöffen finden die Informationspolitik des Innenministeriums mangelhaft, jedoch 60% der Gemeinderäte.

- Lediglich 50% bejahen die Aussage, das Ministerium ginge mit **positiven Initiativen auf die Gemeinden zu**, 43% teilen diese Aussage nicht;

- Eine **partnerschaftliche und kooperative Begleitung der Gemeinden bei Dossiers** sehen nur 41% aller Befragten, 51% nicht.

- 52% sind der Meinung, das Ministerium würde **nicht genug für die Aus- und Weiterbildung der Gemeinderäte** unternehmen, 44% werten dies positiver.

Es scheint demnach ein überaus deutlicher Nachholbedarf in Bezug auf die Arbeitsweise des Innenministeriums als „autorité de tutelle" der Gemeinden zu geben. Es dürfte sich demnach aufdrängen, die aktuelle Diskussion über die territoriale Reorganisation auszuweiten und die Arbeit des Innenministeriums selbst bzw. die Zusammenarbeit zwischen Innenministerium und Gemeinden zu überdenken.

Schlussfolgerungen

Auch wenn eine tief greifende Analyse der Daten unumgänglich erscheint, können zu diesem Zeitpunkt eine Reihe erster Folgerungen gezogen werden:

Es macht Mut festzustellen, dass bei den befragten Gemeinderatsmitgliedern Motivation und Wille besteht, sich weiterhin gemeindepolitisch zu engagieren. Dies ist aufgrund der Tatsache, dass die Befragten alle in einer Wahl dazu legitimiert wurden, nachvollziehbar. Es wäre ohne Zweifel spannend im Rahmen einer weiteren Untersuchung festzustellen, wie es bei den BürgerInnen allgemein um das gemeindepolitische Interesse bzw. die Motivation zu einem solchen Engagement steht.

Die vorliegende Umfrage gibt eher ein Spiegelbild, wie Engagement von bestehenden Personen unterstützt werden, nicht aber a priori wie ein neues Engagement von BürgerInnen gewonnen werden kann. Die aus der Umfrage gewonnenen Erkenntnisse können jedoch wohl in verschiedenen Hinsichten auch für die allgemeine Förderung von politischem Engagement genutzt werden.

- **Politisches Engagement grundsätzlich erleichtern**

  Es gilt ohne Zweifel politisches Engagement zu erleichtern. Vor allem auch für jene Akteure, die direkt in der Verantwortung stehen (Bürgermeister – Schöffen) sowie für Personen, denen ein Engagement aus privaten Gründen schwerer fällt. Da z.B. vor allem Frauen familiäre und zeitliche Probleme anführen, müsste hier nach Lösungen gesucht werden, damit ein Gemeinderat noch einen Querschnitt aus den unterschiedlichen Bevölkerungsschichten darstellen kann.

- **Oppositionsarbeit erleichtern**

  Auch wenn es wohl verständlich erscheint, dass die Oppositionspolitiker weniger Zufriedenheit aus ihrem Engagement ziehen - da sie wohl weniger konkret und direkt umsetzen können - ist der recht hohe Unterschied in der Zufriedenheit doch bedenklich. Hier gälte es darüber nachzudenken, wie das Engagement in einer Opposition konstruktiver gestaltet werden könnte und eine bessere Einbindung erfolgen kann. Die Rechte der Mitglieder der Gemeinderäte im Allgemeinen und jene in der Opposition sollten überdacht werden.

- **Arbeit in der Majorität machbar gestalten**

  Es ist ein Fakt, dass die Akteure in der Majorität Probleme sehen, die Arbeiten überhaupt zu gewährleisten (zeitliche Aspekte usw.). Diesem Problemfeld gilt es sich endlich offensiv zu stellen.

- **Rechte der Gemeinderäte gegenüber Schöffenrat überdenken**

  Generell kann festgestellt werden, dass es sinnvoll wäre, die Kompetenzen des Gemeinderates gegenüber dem Schöffenrat (ob Gemeinderäte in der Majorität oder der Opposition) zu überdenken. Es werden seitens der „einfachen" Gemeinderäte Probleme beim derzeitigen Funktionnement geäussert.

- **Rahmenbedingungen für Gemeinde- und Regionalpolitik verändern**

  Es besteht ein sehr breiter Konsens – in Regionen, Majorz- und Proporzgemeinden sowie bei Mitgliedern in der Majorität und Opposition - über die Notwendigkeit von Maßnahmen, um die Arbeit der Gemeinden generell zu verbessern. Ein deutlicher Handlungsauftrag an den Staat, um die Rahmenbedingungen für Gemeinde- und Regionalpolitik zu ändern. Absolut prioritär erscheinen aufgrund der Antworten Maßnahmen in Bezug auf
  * eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Staat und Gemeinden
  * die Regelung der Kompetenzen und Rechte von Gemeinden
  * die Förderung einer regionalen Zusammenarbeit.

- **Angebot an Aus- und Weiterbildung verstärken – Freistellung erhöhen**

  Eine verstärkte Aus- und Weiterbildung scheint angesichts der Komplexität der politischen Arbeit und zur Gewährleistung des politischen Engagements unumgänglich. In wiefern die im Koalitionsvertrag festgehaltene Erhöhung der finanziellen Entschädigungen eine prioritäre Maßnahme darstellt ist aufgrund der Umfrageergebnisse fraglich. Diese deuten eher auf die die Notwendigkeit einer größeren zeitlichen Freistellung für Gemeinderatsmitglieder und vor allem für den Schöffenrat hin.

Es erscheint des Weiteren unerlässlich, regionalen Spezifizitäten Rechnung zu tragen, wie z.B. den unterschiedlichen inhaltlichen Herausforderungen und dem daraus entstehenden Informationsbedarf.

- **Gesellschaftlich repräsentative Gemeinderäte gewährleisten**

  Um eine gesellschaftliche Repräsentation im Gemeinderat zu gewährleisten, drängt sich ein Mix an Maßnahmen auf, die z.T. schon angesprochen wurden: erweitertes Angebot an Aus- und Weiterbildung, erhöhte Freistellung, finanzielle Entschädigung in Zusammenhang mit der Berufssituation...

- **Arbeitsweise des Innenministeriums grundsätzlich überdenken**

  Das Innenministerium muss seine Zusammenarbeit mit den Gemeinden ohne Zweifel grundlegend reformieren. Dies, sowohl was die Informationspolitik, die Vermittlung neuer Konzepte und Ideen als auch was die Bearbeitung von Gemeindedossiers anbelangt.

2. Bereitschaft zum Engagement aller BürgerInnen nutzen und Rahmenbedingungen verbessern

Im Rahmen der Umfrage bei Mitgliedern von beratenden Gemeindekommissionen wurden – wie bei der Umfrage bei Gemeinderatsmitgliedern – ebenfalls 304 telefonische Gespräche geführt. Es wurden lediglich Mitglieder von beratenden Kommissionen aus den Bereichen Umwelt, Transport und Bauten befragt, weil diese aus der Sicht einer Umweltgewerkschaft besonders wichtige Akteure darstellen.

29% der befragten Mitglieder von beratenden Kommission gehören der Gemeinderatsmehrheit an, 17% der Opposition, 45% sind als Privatpersonen in der Kommission, 6% als Vertreter einer Organisation.

93% der Gefragten waren nicht Mitglied im Gemeinderat, nur 7% waren gleichzeitig Gemeinderatsmitglied (es wurde bewusst entschieden, vor allem Mitglieder von beratenden Kommissionen zu befragen, die nicht gleichzeitig Mitglied im Gemeinderat sind).

Befragt wurden 259 Männer, 45 Frauen. Dabei gaben 59 Personen an in der Kommission eine Verantwortung zu tragen (Präsident, Sekretär...), 245 nicht.

Die Bilanz der geleisteten Arbeit

Die Bilanz der Mitglieder der beratenden Kommissionen über ihre Arbeit ist gemischt, wobei jedoch bemerkenswert ist, wie positiv die Arbeit grundsätzlich gewertet wird *(siehe Graphik).* 12% sehen sie sehr positiv, 50% positiv. 18% sind unentschieden (weder noch) und 20% ziehen eine negative Bilanz (15% negativ, 5% sehr negativ). Auffallend ist, dass diese Bilanz in groben Zügen unabhängig davon ist, ob man ein Mitglied mit oder ohne Verantwortung in der Kommission ist, auch die regionalen Unterschiede sind nicht relevant.

Die Korrelation, die auch bei den Gemeinderäten feststellbar war, dass je positiver Bilanz der geleisteten Arbeit ist, auch die Bereitschaft sich noch einmal zu engagieren steigt, wird bei den Kommissionsmitgliedern bestätigt. Die BürgerInnen, die sicher sind noch einmal in einer beratenden Kommission mitarbeiten zu wollen, werten die Bilanz der geleisteten Kommissionsarbeit zu 79% als positiv; diejenigen die wahrscheinlich wieder dabei sein wollen zu 49% als positiv; die unsicheren (*nee, wuel kaum nach eng Keier*) zu

44% als positiv, und die entschiedenen nicht mehr dabei zu sein (*secher net mei*) nur noch zu 25% als positiv.

Die Motive für die Bilanz

Die Motive für die eigene Einschätzung sind in der Reihenfolge: eine gute Zusammenarbeit mit dem Gemeinde- und Schöffenrat (19%), gute Arbeit (18%), die Möglichkeit des Engagements – der Mitsprachemöglichkeit – etwas Bewirken können (18%), „Alibifunktion, nicht oft genug gehört“ (9%), Frust – Enttäuschung – fehlende Anerkennung (8%) ...

Wie sehen nun die Motive aus, je nachdem ob eine Person eine positive oder aber negative Bilanz gezogen hat?

- Die Kommissionsmitglieder, die eine positive Bilanz ziehen, nennen vor allem folgende Gründe: 31% die gute Zusammenarbeit mit Schöffenrat und Gemeinderat, 30% die gute Arbeit / viel geleistet und 29% die Möglichkeit des Engagements und der Mitsprache, an vierter Stelle kommt dann mit 12% die Möglichkeit konkrete Veranstaltungen zu organisieren sowie an fünfter Stelle zu 9%, die Tatsache, dass Anregungen immer angenommen wurden.

- Die Kommissionsmitglieder, die weder eine positive noch eine negative Bilanz ziehen, nennen folgende Gründe: Frust – Enttäuschung – keine Anerkennung zu 25%, Alibifunktion – nicht oft genug gehört zu werden zu 20%, keine Zusammenarbeit – Projekte nicht realisiert zu haben zu 20%, wenige Versammlungen und Engagement zu 16%, Meinung nicht ernst genommen – keine Unterstützung zu 13%.

- Die negative Bilanz resultiert zu 26% aus der Überzeugung, dass die Kommission lediglich eine Alibifunktion habe, zu 16% dass keine gute Zusammenarbeit bestand und Projekte nicht realisiert wurden, zu 13% dass Projekte nicht angenommen wurden und der Schöffenrat entschied, zu jeweils 11% aus Frust – Enttäuschung bzw. weil es an Engagement und Versammlungen mangelte. Für 10% ist ausschlaggebend, dass Meinungen nicht immer ernst genommen werden.

Das Prinzip der beratenden Kommissionen: z.T. in Frage gestellt

Befremdend ist, dass nur 54% der Kommissionsmitglieder der Meinung sind, das Modell der beratenden Kommissionen sei zeitgemäß, 46 % - ein sehr hoher Prozentsatz - teilen diese Meinung nicht. Je negativer die Bilanz der geleisteten Arbeit ausfällt, desto stärker wird auch das Modell der beratenden Kommissionen in Frage gestellt.

Eine hohe Bereitschaft sich weiter zu engagieren

Die Bereitschaft sich weiter zu engagieren ist recht hoch, mit 77% Ja-, gegenüber 17% Nein-Aussagen der befragten Kommissionsmitglieder. Bei dieser Fragestellung wurden keine relevanten regionalen Unterschiede festgestellt.

Die Motive jener, die sich nicht mehr engagieren möchten

Welche Motive haben Personen, die nicht mehr in einer Kommission mitarbeiten möchten? *(siehe Tabelle).* Die Resultate zeigen folgende Reihenfolge: dass nicht genug erreicht werden konnte (45%), die Arbeit nicht genug geschätzt würde (33%) sowie Altersgründe bei 7%.

Bei den Antworten zu dieser Frage konnten sehr große Unterschiede zwischen den verschiedenen Kategorien von Mitgliedern bzw. den Regionen festgestellt werden:

- Es gibt signifikant unterschiedliche Einschätzungen, je nachdem ob man Mitglied „mit“ oder „ohne“ Verantwortung ist. Mitglieder mit Verantwortung geben zu 33% an, man habe nicht genug erreicht, Mitglieder ohne Verantwortung zu 47%.
- Die Unterschiede werden noch relevanter zwischen Gemeinderatsmitgliedern und Kommissionsmitgliedern, die nicht im Gemeinderat sind. Nicht-Gemeinderatsmitglieder geben zu 47% an, man habe nicht genug erreicht, Gemeinderatsmitglieder nennen diesen Grund überhaupt nicht: 0%!
- Für die Mitglieder der Gemeinderäte stellt sich vor allem das Zeitproblem: 33% (gegenüber 6% der Nicht-Gemeinderäte).
- Relevant sind auch die Unterschiede zwischen Männern und Frauen: Frauen geben weitaus stärker an, die Arbeit würde nicht genug geschätzt und sie wäre undankbar (67%), Männer tun dies nur zu 28%. Ebenso finden Frauen zu 56% man habe nicht genug erreicht, Männer nur zu 43%.
- Doch auch die regionalen Unterschiede sind interessant: vor allem in der Region Norden finden die Mitglieder, man habe nicht genug erreicht (63%), im Osten dominiert das Gefühl, die Arbeit würde nicht genug geschätzt (60%), im Süden dominieren die Altersgründe (35%) und im Zentrum findet man ebenfalls, man habe nicht genug erreicht (50%).

Verbesserungsmöglichkeiten der Arbeiten der beratenden Kommissionen

Stellt sich die grundsätzliche Frage, wie die Arbeit der beratenden Kommissionen verbessert werden kann *(siehe Graphik).* Die Graphik zeigt, wie die Kommissionsmitglieder die verschiedenen Verbesserungsmöglichkeiten werten, je nachdem ob sie eine positive Bilanz bzw. eine negative Bilanz der Kommissionsarbeit gezogen haben.

Nachfolgend die vorgeschlagenen Maßnahmen in der Reihenfolge ihrer Nennung durch

die befragten Mitglieder:

- **Gemeinderat soll Kommission ernster nehmen**
  79% geben an, die Arbeit der beratenden Kommission müsse vom Gemeinderat ernster genommen werden (wobei auffällt, dass diese Aussagen von nur 66% der befragten Mitglieder in der Region Süden gemacht wird). 95% der Personen, die die Bilanz der Kommission als negativ sehen, werten diese Massnahme als zentral!

- **Mehr Rechte gegenüber dem Gemeinderat**
  Als zweitwichtigste Maßnahme wird gesehen, dass die beratende Kommission mit mehr Rechten gegenüber dem Gemeinderat versehen werden müsste (64% wichtig, 33% unwichtig,).

- **Arbeiten der Kommission erleichtern**
  Als drittwichtigste Maßnahme nennen 53% der befragten Personen die Forderung, die Gemeinde müsste die Arbeiten der Kommission erleichtern (Hilfestellung u.a. m.). Dies wird recht gleichgewichtig von allen Mitgliedern gesehen, unabhängig von der Art der Bilanz, die sie aus der Arbeit der Kommission gezogen haben.

- **Unabhängigkeit gegenüber Schöffenrat erhöhen**
  51% werten es als wichtig, dass die Kommission unabhängiger vom Schöffenrat arbeiten könne (45% unwichtig). Bei denjenigen, die die Arbeit der Kommission positiv werten, ist das Verhältnis in etwa das Gegenteil.

- **Erhöhung der finanziellen Mittel**
  Nur 28% der Befragten erachten die Erhöhung der finanziellen Mittel als wesentliche Maßnahme.

Schlussfolgerung

Es besteht nach wie vor eine sehr hohe Bereitschaft, sich in den Kommissionen zu engagieren. Allerdings müssten eine Reihe von Maßnahmen getroffen werden, um die Arbeit zu erleichtern bzw. ein wirkliches Mitwirken einer breiten Bevölkerungsgruppe zu gewährleisten:

- Als Erfolgsfaktor für das Engagement gilt vor allem, wenn so manches realisiert werden konnte. Entsprechend sollte eine besondere Sorge getragen werden, damit die Projekte der Kommissionen tatsächlich Gehör finden.

- Ein problematischer Faktor ist vor allem auch, wenn der Eindruck entsteht, die Arbeit würde nicht ernst genommen – dies vor allem von Personen, die nicht

Vertreter der Majoritätsparteien sind. Hier müsste in einem Schöffenrat ein klares Bekenntniss zum Stellenwert und zur Funktion der Kommissionen erfolgen und dies in aller Offenheit mit den Mitgliedern der Kommissionen geklärt werden. Die Rechte der Kommissionen gegenüber den Gemeinde- und Schöffenräten sollten deutlich geklärt und respektiert werden.

- Generell gilt es Wege zu finden, die Arbeiten der Kommission im erforderlichen Mass wertzuschätzen.

- Des Weiteren gilt es die Arbeiten der Kommission zu erleichtern, z.B. durch eine Sekretariatshilfestellung usw.

Da das Modell der Kommissionen z.T. als übernommen angesehen wird und mittlerweile neue Formen der Bürgerbeteiligung bekannt sind, gilt es zusätzliche Wege der Einbindung der BürgerInnen zu gewährleisten, z.B. über Workshops, offene Diskussionsformen ...

3. Die gemeindepolitischen Herausforderungen – die inhaltlichen Prioritäten

3.1. Wei eng Themen sinn an der Gemeng besonnech wichteg?

Von besonderem Interesse im Vorfeld der Gemeindewahlen ist natürlich die Frage, welche Themen auf gemeinde- bzw. regionalpolitischer Ebene als besonders wichtig erachtet werden. Dazu wurden sowohl die Mitglieder der Gemeinderäte als auch der beratenden Kommission befragt. Im folgenden sind die Themen in der Reihenfolge der Prioritäten aus der Sicht der Gemeinderäte dargelegt, wobei aber gleichzeitig angeführt wird, wie wichtig die Kommissionsmitglieder die Themen sehen *(siehe auf Graphiken)*.

Priorität: die Entwicklung der Gemeinde

Als wichtigstes und vorrangiges Thema wird die Frage gesehen, wie sich die Gemeinde in Zukunft entwickelt bzw. entwickeln soll: 97% sowohl der Gemeinderäte als der Mitglieder der beratenden Kommissionen erachten diese Frage als ganz wichtig bzw. als wichtig. Allerdings findet sich ein Unterschied in der Gewichtung: Gemeinderäte geben dem Thema einen noch höheren Stellenwert (68% „ganz wichtig“ gegenüber 55% „ganz wichtig“ bei den Mitgliedern der beratenden Kommissionen).

Wobei bei den Gemeinderäten der Region Zentrum die Klärung dieser Fragestellung am dringendsten erscheint: 79% „sehr wichtig“-Nennungen, während in der Region Norden diese Nennungen mit 61% am geringsten aller Regionen ist. Diese unterschiedliche regionale Gewichtung ist aber bei Mitgliedern der beratenden Kommissionen nicht erkennbar: im Gegenteil, hier sehen vor allem Kommissionsmitglieder aus Nordgemeinden den höchsten Handlungsbedarf – 60% „sehr wichtig“ gegenüber 53% im Süden, 58% Zentrum und 48% Osten.

Zwischen Proporz- und Majorzgemeinden besteht ein Unterschied: das Thema liegt den Proporzgemeinden stärker am Herzen (80% gegenüber 66% „sehr wichtig“ - Nennungen bei den Gemeinderäten).

Regionale Zusammenarbeit

Es ist bemerkenswert, dass die regionale Zusammenarbeit von den Gemeinderäten als zweitwichtigstes Thema – nach der Entwicklungsfrage ihrer eigenen Gemeinde -

angesehen wird: dies mit 91% aller befragten Gemeinderäte, wobei es kaum Unterschiede zwischen Regionen, Altersgruppen usw. gibt.

Bei den Mitgliedern der beratenden Kommissionen hat das Thema zwar immer noch einen hohen Stellenwert, aber einen geringeren als bei den Gemeinderatsmitgliedern. Es fungiert erst an fünfter Stelle mit 84% der „wichtig“ - Nennungen. Hier gibt es einen erstaunlichen Unterschied zwischen den Regionen: im Süden wird das Thema der regionalen Zusammenarbeit am wenigsten hoch bewertet (26% „sehr wichtig“-Nennungen gegenüber 35% im Durchschnitt bzw. 44% im Norden, 40% im Osten und 32% im Zentrum).

Verkehrsberuhigung

Als dritter Punkt fungiert sowohl bei den Gemeinderäten als auch den Kommissionsmitgliedern die Verkehrsberuhigung (89% bzw. 88% wichtig). Hier besteht bei den Gemeinderatsmitgliedern - jedoch nicht bei den Kommissionsmitgliedern - ein relevanter Unterschied zwischen Männern und Frauen (Frauen sehen das Thema zu 74% als sehr wichtig an, gegenüber 58% der Männer).

In Proporzgemeinden sehen die Gemeinderäte das Thema als weitaus relevanter an (78% sehr wichtig) als in Majorzgemeinden (56%). Das Thema wird ebenfalls im Norden als weniger relevant erachtet (34%) gegenüber 68% bzw. 69% in den anderen Regionen des Landes.

Bei den Kommissionsmitgliedern gibt es diesen Unterschied zwischen Majorz und Proporz nicht, allerdings ergibt sich ein anderer Unterschied zwischen den Regionen: dem Osten ist das Thema am wenigsten wichtig (42% sehr wichtig), dem Norden etwas stärker (49%), 54% im Süden sowie 56% im Zentrum.

Massnahmen für Kinder

Bei den Gemeinderäten werden als viertwichtigster Punkt Maßnahmen für Kinder genannt (89% wichtig, wobei 53% sehr wichtig). Es gibt in diesem Punkt zwar Unterschiede zwischen Männern und Frauen, die aber nicht wirklich relevant sind (88% wichtig bzw 96%). Das Thema wird im Süden als weit wichtiger angesehen (65% sehr wichtig) als im Norden (48%). Im Osten erachten 51% der Befragten das Thema als sehr wichtig, im Zentrum 53%.

Maßnahmen für Kinder kommen bei den Mitgliedern der beratenden Kommissionen erst an achter Stelle. Allerdings erachten es immer noch 77% als wichtig, wobei bedacht werden muss, dass nur die Mitglieder spezifischer Kommissionen befragt wurden. Allerdings fällt hier auf, dass der Unterschied zwischen Männern und Frauen weitaus

relevanter ist: 75% wichtig bei Männern (35% sehr wichtig) gegenüber 87% bei Frauen (58% sehr wichtig).

Klimaschutz : Einsparen von CO2

An nächster Stelle folgt bei den Gemeinderäten das Einsparen von CO2–Emissionen (89%). Dies ist sehr bemerkenswert, umso mehr als das Innenministerium die Gemeinden weniger in dieser Rolle sieht und sie in diesem Bereich eher blockiert denn unterstützt.

Mitglieder der beratenden Kommissionen setzen dieses Thema sogar an die drittwichtigste Stelle der Rangfolge. Es fällt auf, dass häufig Umweltthemen von den jüngeren Befragten weniger Berücksichtigung finden, allerdings bei dieser Fragestellung das Bewusstsein bei den jüngeren Gemeinderatsmitgliedern am höchsten ist.

Erhalt der Grünflächen und Naherholungsgebiete

87% der Gemeinderäte sehen den Erhalt der Grünflächen und Naherholungsgebiete als wichtig an; 84% sind es bei den Kommissionsmitgliedern, bei denen das Thema an vierter Stelle rangiert. Einige interessante Aspekte werden dabei ersichtlich: bei den Befragten der Region Norden sind die Nennungen am geringsten (30% „sehr wichtig“), im Zentrum am höchsten (69% „sehr wichtig“). Generell werten die Räte in den Proporzgemeinden das Thema höher (67% „sehr wichtig“) gegenüber 44% bei Majorzgemeinden. Bemerkenswert ist, dass die Notwendigkeit für diese Maßnahme bei den Bürgermeistern am geringsten ist (34% „sehr wichtig“) und bei den Gemeinderäten in der Opposition am höchsten (53%).

Bei den Mitgliedern der beratenden Kommissionen rangiert das Thema an vierter Stelle (84% wichtig), bei diesen Personen gibt es keine derart relevanten Unterschiede z.B. zwischen den verschiedenen Regionen als bei den Gemeinderäten.

Kulturelles und soziales Leben

Als nächstes wichtiges Thema wird „*Eng Gemeng wou mei lass ass, kulturell, sozial, Veräiner* ... „ von den Mitgliedern im Gemeinderat genannt (85% wichtig).

Bei den Mitgliedern der beratenden Kommissionen fungiert das Thema an vorletzter Stelle auf Platz 13 (65% wichtig).

Zusammenleben mit Ausländern

Das Zusammenleben mit Ausländern ist für 84% der Gemeinderäte von Relevanz, 74% der Mitglieder der beratenden Kommissionen sehen es als wichtig an.

Flächensparendes Bauen sowie angepasste Bauformen

Bauformen die flächensparender sind und sich in die Ortschaft integrieren sind für 83% der Gemeinderäte von besonderer Bedeutung. Hierbei fällt natürlich auf, dass die Jüngeren mehr Interesse am Thema haben als Personen über 65 Jahren (60% sehr wichtig gegenüber 33% sehr wichtig). Bürgermeister sehen das Thema als wichtiger an als Oppositionsgemeinderäte (51% sehr wichtig gegenüber 38%).

Bei den Mitgliedern der beratenden Kommissionen fungiert das Thema an siebter Stelle. Hier erachten es 81% als wichtig.

Organisation des öffentlichen Transportes

Die Organisation des öffentlichen Transportes, von Fahrrad und Fußgängern ist für 82% der Gemeinderatsmitglieder besonders wichtig, für 77% der Mitglieder der beratenden Kommissionen (Platz 9 bei diesen). Hierbei fallen bei den Gemeinderatsmitgliedern erhebliche regionale Unterschiede auf: während im Zentrum 62% und im Süden 59% das Thema als sehr wichtig erachten, tun dies „nur“ 33% im Norden bzw. 37% im Osten. Unterschiede zwischen Majorz und Proporz sind nicht festzustellen.

Diese starke Diskrepanz gibt es in der Form nicht bei den Mitgliedern der beratenden Kommissionen.

Bezahlbarer Wohnraum

Als nächstes wichtiges Thema werden bei den Gemeinderäten „Wohnungen die zu bezahlen sind“ genannt (80% wichtig) – für 82% der Mitglieder der beratenden Kommissionen ist dies ebenfalls wichtig (6. Platz). Bei den Gemeinderäten sind Unterschiede zwischen Regionen feststellbar: während 59% der Personen im Zentrum dieses Thema als sehr wichtig erachten, sind es deren „nur“ 39% im Norden. Die Differenz gibt es auch, wenn auch weniger ausgeprägt, bei den Mitgliedern der beratenden Kommissionen, wobei hier der Osten abfällt (35% sehr wichtig).

Auch besteht ein Unterschied zwischen Majorz und Proporzgemeinden, 78% der Majorzgemeinden sehen das grundsätzlich als wichtig an, gegenüber 91% der Proporzgemeinden (84% - 73% bei den beratenden Kommissionen).

Umweltbelastungen

Umweltbelastungen wie Lärm, Luftbelastung, GSM-Antennen werden von 74% der Gemeinderäten und 73% der Mitgliedern der Kommissionen als grundsätzlich wichtiges Thema gesehen, wobei das Thema innerhalb der Majorität an Interesse verliert und von den Bürgermeistern am wenigsten benannt wird.

Mehr Mitspracherechte der Bürger

Im Ranking recht hinten fungiert sowohl bei den Gemeinderäten (13te Stelle, 12te bei den Kommissionsmitgliedern) das Mitspracherecht der Bürger. 72% der Gemeinderäte erachten es als wichtig, 71% der Kommissionsmitglieder.

Schaffen neuer Aktivitätszonen

An letzter Stelle fungiert bei beiden Akteuren das Schaffen neuer Aktivitätszonen. 69% wichtig bei den Gemeinderäten – 56% bei den Mitgliedern der beratenden Kommissionen.

3.2. „Wann Dir Buergermeschter wäert an Ärer Gemeng, wei eng 3 Saachen geift Dir virun allem maachen?“

Gefragt, welche Priorität die Gemeinderäte als **erste** umsetzen wollen, falls sie gewählt werden, ergibt sich folgendes Ranking:

Kinderbetreuung / Auffangstrukturen (15%)
Schulinfrastrukturen verbessern (12%),
Wohnungsraum schaffen / sozialer Wohnungsbau (9%),
Lebensqualität (6%),
Mitbestimmung (5%).

(Vor allem im Süden des Landes wird der Wunsch nach Kinderbetreuung / Auffangstrukturen besonders häufig geäußert (31% gegenüber 15% im Landesdurchschnitt).

Untersucht man, welche Prioritäten sich herausschälen, wenn **die 3 meistgenannten** Massnahmen zusammengezählt werden, so ergibt sich folgendes Bild der am häufigsten genannten Themen *(siehe auch Graphik):*

Kinderbetreuung / Auffangstrukturen 24%
Verbesserung der Schulinfrastrukturen 21%
Lebensqualität 19%
(sozialer) Wohnungsbau 18%
Umweltmassnahmen 13%
Verkehrssituation verbessern 13 %
Dorf- und Stadtentwicklungsplanung 12%
PAG 12%

Regionale Zusammenarbeit 11%
Infrastrukturen 11%.

Die befragten Mitglieder der beratenden Kommissionen setzen im Vergleich zu den Mitgliedern der Gemeinderäte andere Prioritäten *(siehe Graphik).*

19% geben als erste ihrer Prioritäten die Bauten- und Wohnungsbaupolitik an, gefolgt von der Verkehrsberuhigung (16%), der Umweltpolitik 8%, der Lebensqualität und dem Zusammenleben 7% und den Kontakt mit den Bürgern verbessern 7%. Das Schulsystem kommt mit 6% an nächster Stelle.

Betrachtet man erneut die Prioritäten, wenn die 3 meistgenannten Massnahmen zusammengezählt werden (Priorität 1 + 2 + 3 zusammengezählt), so ergibt sich folgendes Bild: Bauten- und Wohnungsbaupolitik: 37%, Umweltpolitik 31%, Verkehrsberuhigung, 30%, Schulsystem verbessern 21%.

Schlussfolgerungen

Es schälen sich deutliche inhaltliche Prioritäten heraus, die bereits dargelegt wurden und an dieser Stelle nicht noch einmal zusammengefasst werden sollen. Wobei diese vor allem auf der Ebene der allgemeinen Entwicklung liegen, der regionalen Zusammenarbeit, der Transportpolitik, den Massnahmen im Interesse von Kindern *(siehe hierzu Graphiken).*

Es gilt hierbei zu erkennen, dass es unterschiedliche Prioritäten zwischen Frauen und Männern, Personen mit oder ohne Verantwortung und je nach Region bzw. je nach Majorz- oder Proporzgemeinden gibt. Auch die verschiedenen Alterskategorien äussern unterschiedliche Prioritäten. Insofern muss eine Gemeindepolitik, die den diversen Interessen Rechnung trägt, sehr breit gefasst sein.

Spannend ist, dass sich das Bewusstsein für die Probleme schärft, falls man in der Verantwortung steht. Dies ist eines der wichtigsten Argumente das für die Bürgerbeteiligung spricht, aber häufig vergessen wird. Je stärker engagiert man ist, desto häufiger erhält man scheinbar – auch Gemeindeebene - auch einen Einblick in wichtige Problemfelder.

4. Die Prioritäten der regionalen Zusammenarbeit

Bei den Themen, in denen die regionale Zusammenarbeit besonders wichtig erachtet wird, ergibt sich folgende Hierarchie (die Liste wird nach den Prioritäten der Gemeinderatsmitglieder dargelegt, beinhaltet aber ebenfalls die Stellungnahme der Kommissionsmitglieder) *(siehe Tabellen).*

- **Öffentlicher Transport / Fahrrad / Fußgänger**
  Das Thema öffentlicher Transport / Fahrrad / Fußgänger steht bei allen Akteuren an erster Stelle (91% wichtig bei den Gemeinderäten – 88% bei den Kommissionsmitgliedern). Das Thema wird von den Gemeinderäten der Proporzgemeinden mit 70% sehr wichtig, als relevanter angesehen, als in den Majorzgemeinden: 51% sehr wichtig.

- **Planung neuer Aktivitätszonen**
  An zweiter Stelle kommt bei den Gemeinderäten die Planung der Aktivitätszonen (89% wichtig), bei den Kommissionsmitgliedern wird dies weniger relevant gesehen (79%, 7 Stelle). Besonders bemerkenswerte regionale Unterschiede gibt es nicht. Hier ist besonders spannend, dass die Planung der Aktivitätszonen als kommunales Thema als weitaus weniger wichtig gewichtet wurde ... ein deutlicher Auftrag auch an den Staat, hier regionale Akzente zu setzen.

- **Verkehrsberuhigung und -sicherheit**
  An dritter Stelle fungiert bei den Gemeinderäten die Verkehrsberuhigung / Verkehrssicherheit (88% wichtig), bei den Kommissionsmitgliedern an zweiter Stelle (85%). Hier fällt auf, dass das Thema bei den Befragten in der Region Norden als weniger wichtig angesehen wird (46% sehr wichtig) und im Zentrum am meisten wichtig (69%). Das Thema wird ebenfalls von den Gemeinderäten in Majorzgemeinden als weniger relevant angesehen (52% sehr wichtig), als in Proporzgemeinden (67% sehr wichtig). Bei den Kommissionsmitgliedern besteht ein Unterschied zwischen Majorz und Proporz (53% sehr wichtig gegenüber 32%). Regionale Unterschiede gibt es in bemerkenswerter Weise nicht.

- **Sports- und Kulturinfrastrukturen**
  Danach ergibt sich folgende Reihenfolge: Sports- und Kulturinfrastrukturen (87%) bei Gemeinderäten – 81% bei Kommissionsmitgliedern.

- **Grünflächen und Naherholungsgebiete**
  Grünflächen und Naherholungsgebiete folgen an nächster Stelle bei den Gemeinderatsmitgliedern (84% wichtig), wobei auffällt, dass vor allem den

Jüngeren dieses Thema sehr wichtig ist, 80% ganz wichtig gegenüber 39% im Durchschnitt), und auch die Proporzgemeinden stärker interessiert sind (52% sehr wichtig gegenüber 36% bei Majorzgemeinden). Bei den Kommissionsmitgliedern rangiert das Thema auf Rang 5 mit 81%. Unterschiede zwischen den verschiedenen Gemeinden, wie sie bei den Gemeinderatsmitgliedern erkennbar sind, gibt es hier nicht.

- **Straßenbau**
  Der Straßenbau folgt mit 83% als nächstes, bei den Kommissionsmitgliedern erachten ihn 80% als wichtig. Hier fällt auf, dass die Kommissionsmitglieder aus dem Osten das Thema weitaus weniger interessiert (22% sehr wichtig gegenüber 39% im Durchschnitt sowie 50% im Zentrum).

- **Auffangstrukturen für Kinder**
  Auffangstrukturen für Kinder sind für 81% der Gemeinderäte wichtig, für 72% der Mitglieder von beratenden Kommissionen.

- **Zusammenleben von Luxemburgern und Ausländern**
  Das Zusammenleben von Luxemburgern und Ausländern sehen 78% der Gemeinderäte als wichtig an, 71% der Kommissionsmitglieder.

- **Wohnungsbau**
  Wohnungsbau rangiert mit 70% wichtig bei den Gemeinderatsmitgliedern relativ hinten. Bei den Mitgliedern der beratenden Kommissionen fungiert er zwar als dritt wichtigster Posten, jedoch „nur“ mit 65%. Wirklich relevante Unterschiede usw. zwischen Regionen gibt es nicht bei den Kommissionsmitgliedern. Spannend ist aber, dass gerade im Zentrum der Wohnungsbau seitens der Gemeinderäte als besonders wichtig angesehen wird (47% gegenüber 34% im Landesdurchschnitt sowie 29% im Norden als sehr wichtig). Entsprechend gibt es auch Unterschiede zwischen Majorz- und Proporzgemeinden: 31% sehr wichtig gegenüber 46%. Diese Diskrepanz gibt es bei den Kommissionsmitgliedern nicht.

- **Beleben der Vereine**
  Das Beleben der Vereine fungiert jeweils an letzter Stelle. 67% sehr wichtig bzw. 64%.

Schlussfolgerung

An dieser Stelle seien die prioritären Themen der regionalen Zusammenarbeit nicht noch einmal resumiert. Fest steht aber, dass ein bemerkenswerter Konsens besteht, dass sich eine verstärkte regionale Zusammenarbeit aufdrängt. Es gilt die Voraussetzungen hierzu auf den unterschiedlichen Ebenen (Gesetze, Finanzinstrumente, Strukturen u.a.m.) umgehend in die Wege zu leiten.